

## KURZMELDUNGEN

## Ausbeutung

SAANEN | Bei einer Polizeiaktion sind am Dienstag in den Berner Oberländer Ferienorten Gstaad und Saanen drei Personen vorläufig festgenommen worden. Sie werden dringend verdächtigt, ausländische Arbeitskräfte illegal beschäftigt und ausgebeutet zu haben. In aufwendigen, fast ein Jahr lang dauernden Ermittlungen ist die kantonale Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben auf einen Mann und zwei Frauen gestossen, die dringend verdächtigt werden, ausländische Arbeitskräfte illegal beschäftigt zu haben. Ihnen wird vorgeworfen, die Arbeitskräfte auf Mandatsbasis meist als Reinigungskräfte an Dritte weitervermittelt und mutmasslich ausgebeutet zu haben. Bei der Polizeiaktion wurden sieben weitere Personen angehalten, alles Frauen. Sie wurden für Einvernahmen und Abklärungen auf die Polizeiwache gebracht. Weiterführende Ermittlungen sind nach Angaben der Behörden noch im Gang. **sda**

## 102 Waffen im Verlust

BERN | 102 Schusswaffen sind bei der Schweizer Armee im vergangenen Jahr verloren gegangen. Darunter waren 81 Sturmgewehre. Die weiteren vermissten Waffen waren Pistolen, hauptsächlich Pistolen 75. Armeesprecher Daniel Reist bestätigte gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA einen Bericht der Zeitung «Blick» vom Dienstag. 69 Waffen wurden demnach gestohlen und eine bei einem Hausbrand zerstört. Die restlichen 32 Waffen waren nicht mehr aufzufinden, beispielsweise nach einem Umzug. Wieder aufgetaucht sind im vergangenen Jahr 26 verlorene Waffen. 90 Prozent davon wurden von Polizeien an die Armee zurückgegeben, wenn sie bei Polizeieinsätzen gefunden werden. Den Rest haben Zivilpersonen bei der Armee abgegeben. **sda**

Bern | Forscher empfehlen CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe auf Benzin

## «Der Ausstieg ist möglich»

**Die Energiewende ist technisch und finanziell machbar, bleibt aber eine Herausforderung. Das ist das Fazit aus dem Nationalen Forschungsprogramm «Energie». Die Forscherinnen und Forscher empfehlen unter anderem eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe auf Benzin.**

Fünf Jahre lang wurde geforscht, mit einem Budget von 45 Millionen Franken. Am Dienstag hat der Schweizerische Nationalfonds (SNF) nun Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus den über 100 Forschungsprojekten präsentiert.

Der Kampf gegen den Klimawandel und die Transformation des Energiesystems seien Herausforderungen, wie sie die Schweiz selten gesehen habe, sagte Hans-Rudolf Schalcher, Präsident der Leitungsgruppe des Forschungsprogramms «Energiewende».

## «Wir müssen wollen»

Er zeigte sich dennoch zuversichtlich. Seine Hauptbotschaft: «Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und der Kernenergie ist bis 2050 möglich.» Klar ist laut Schalcher aber auch, dass sich neue Technologien und Verhaltensweisen nicht von alleine im Alltag durchsetzen werden.

«Wir müssen wollen», sagte Andreas Balthasar, der Präsident der Leitungsgruppe des Forschungsprogramms «Steuerung des Energieverbrauchs». Alle müssten Verantwortung wahrnehmen – als Bürgerinnen und Bürger, Konsumentinnen und Konsumenten oder Politikerinnen und Politiker.

## Wirtschaftlich und sozial verträglich

Aus den Resultaten der einzelnen Projekte haben die Forscherinnen und Forscher 15 Handlungsempfehlungen abgeleitet. Dazu gehört eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe auf allen

fossilen Energieträgern. Eine solche sei besonders geeignet, die Transformation des Energiesystems auf wirtschaftliche und sozial verträgliche Weise voranzubringen, schreiben sie.

Heute gibt es eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, nicht aber auf Treibstoffen. Auch im totalrevidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz, das noch in der parlamentarischen Beratung steckt, ist keine Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel vorgesehen. Der Bundesrat prüft derzeit im Auftrag des Parlaments, wie eine solche ausgestaltet werden könnte. Politisch hatte sie bisher einen schweren Stand.

## Mangelndes Wissen

Aus Sicht der Forscherinnen und Forscher liegt das auch daran, dass viele Menschen nicht wissen, wie eine Lenkungsabgabe funktioniert. Durch die Rückverteilung profitiert ein grosser Teil der Haushalte, während bei Fördermassnahmen alle zahlen, aber nur wenige profitieren.

Lenkungsmaßnahmen seien bis zu fünfmal kostengünstiger als Fördermassnahmen wie Subventionen, heisst es im Bericht zum Nationalen Forschungsprogramm. Die Autorinnen und Autoren zeigen sich überzeugt, dass sich die Akzeptanz mittels einer transparenten Rückvergütung und fundierten Informationen über die Wirkungsweise erhöhen liesse.

## Anreize schaffen

Andere Handlungsempfehlungen richten sich an die Energieverteilern. Diese sollen flexible und dynamische Stromtarifmodelle entwickeln und einsetzen, die den Anreiz schaffen, den Stromverbrauch und die Energiekosten zu senken. Die Kombination mit Bonuselementen, die das Erreichen von Sparzielen belohnen, erhöhe die Akzeptanz solcher Tarifmodelle, schreiben die Forscherinnen und Forscher.



**Klimawandel.** Aus den verschiedenen Massnahmen wird die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe auf allen fossilen Energieträgern vorgetragen.

FOTO KEYSTONE

Weiter rufen sie dazu auf, dezentrale Multi-Energie-Systeme zu realisieren. Dabei sollen sich Selbstorganisation und staatliche Regulierung bestmöglich ergänzen. Die Gemeinden, aber auch Bund und Kantone sollen planerische und gesetzliche Vorarbeiten erbringen. Bei der Planung von Infrastrukturprojekten – beispielsweise Windenergieanlagen – empfiehlt der Bericht, die Bevölkerung von Beginn an aktiv zu beteiligen.

## Technische Innovationen

Der SNF weist auch auf die technischen Innovationen hin, die das Nationale Forschungsprogramm (NFP) «Energie» hervorgebracht hat. So wurden Technologien für die Energiespeicherung mittels Batterien

oder Druckluft sowie neuartige Brennstoffzellen erforscht. Bekannte Technologien wie die in Gebäude integrierte Fotovoltaik – also Solarzellen als Fassadenteile oder Dachziegel – wurden weiterentwickelt.

Obwohl noch Hürden zu überwinden seien, verfüge die Fotovoltaik der nächsten Generation über ein grosses industrielles und energetisches Potenzial, heisst es im Bericht. Würden in der Schweiz ideal ausgerichtete Dächer und Fassaden damit ausgerüstet, könnten sie das heutige Basispotenzial auf Gebäuden von 67 Terawattstunden Strom um 13 bis 14 Terawattstunden erhöhen. Die Schweizer Atomkraftwerke produzierten im Jahr 2015 22 Terawattstunden Strom.

## Regulierungen und Anreize

Auf die Frage, wie genau die Lücke gefüllt werden solle, die durch den Wegfall der Atomkraftwerke entstehe, verwiesen die Programmverantwortlichen auf das Gesamtsystem, das sich ändere. Schalcher zeigte sich überzeugt, dass der Ausstieg ohne den Import von ausländischem Kohlestrom möglich sei.

Die Kosten schätzte er auf 100 Milliarden Franken, gab aber zu bedenken, dass die Beibehaltung des heutigen Systems keine Alternative sei. Erneuerungen seien ohnehin nötig. Mit anderen Worten: Auch der Bau neuer Atomkraftwerke wäre mit Kosten verbunden. **sda**

## Bern | APK prüft Gesetzesänderungen zu Soft Law

## Legislative nicht umgehen

**Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK) hat mit Bundesrat Ignazio Cassis eine Diskussion zur Kompetenzverteilung in der Aussenpolitik geführt. Sie will nun prüfen, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.**

Eine Subkommission soll die Rolle des Parlaments bei der Entstehung von Soft Law vertieft analysieren, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten. Namentlich soll sie prüfen, ob es Gesetzesänderungen braucht, damit die parlamentarischen Mitwirkungsrechte gewährleistet sind.

Anlass für die Diskussion waren parlamentarische Vorstösse sowie ein Bericht. Der Bundesrat verspricht darin, das Parlament künftig früher und besser über internationale Vorhaben wie den UNO-Migrationspakt zu informieren. Neue

rechtliche Grundlagen sind aus seiner Sicht nicht nötig.

## Wachsender Unmut

Als Soft Law werden internationale Instrumente bezeichnet, die rechtlich nicht verbindlich sind, aber bestimmte Verhaltensweisen vorgeben. Bei einer Verletzung der Bestimmungen drohen einem Staat schlimmstenfalls politische Sanktionen.

Mit der Zunahme von Soft Law ist im Parlament der Unmut darüber gewachsen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier kritisieren, damit werde die Legislative umgangen. Aus diesem Grund wurde vor einigen Jahren die Konsultationspflicht ausgedehnt. Trotzdem sei es vereinzelt zu unbefriedigenden Situationen gekommen, räumt der Bundesrat in seinem Bericht ein. Daraus sollte aber nicht voreilig der Schluss gezogen werden, dass die Rechtsgrundlagen nicht genügen. Über Mitspracherechte

diskutierte die APK auch im Zusammenhang mit dem institutionellen Rahmenabkommen. Beat Rieder (CVP/VS) fordert mit einer Motion, dass der Bundesrat – sollte er dem Parlament das institutionelle Rahmenabkommen unterbreiten – dies zusammen mit einer gesetzlichen Grundlage tut, die den demokratischen Prozess der Übernahme von EU-Recht definiert und das Mitspracherecht von Parlament, Volk und Kantonen gewährleistet.

Die Kommission vertagte den Entscheid zum Vorstoss. Sie will die Frage erneut aufnehmen, wenn das institutionelle Abkommen vorliegt. An ihrer Sitzung liess sich die APK über den Verhandlungsstand zu den vom Bundesrat angestrebten Präzisierungen am Abkommen informieren. Was sie dabei erfahren hat, gibt sie jedoch nicht bekannt. Abgelehnt hat die APK eine Motion von Nationalrätin Sibel Arslan



**Mitspracherecht.** Ständerat Beat Rieder will bei Übernahme von EU-Recht das Mitspracherecht gewährleisten.

FOTO MENGIS MEDIA

(Grüne/BS), die verlangt, dass die APK jeweils über den Stand der Verhandlungen von Freihandelsabkommen informiert wird. Kommissionspräsident Damian Müller (FDP/LU) fällt den Stichtscheid. **sda**

## UMFRAGE

## Umweltfreundlichkeit spielt beim Autokauf kaum eine Rolle

BERN | Beim Autokauf von Herrn und Frau Schweizer spielt das Thema Umweltschutz bisher nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Auf das Auto verzichten will trotz Klimawandel auch bei der jüngeren Generation nämlich kaum jemand. Dies geht aus der repräsentativen Trendstudie «Automobilist-Garagist» des Marktforschungsinstituts Link hervor, die im Oktober 2019 durchgeführt und am «Tag der Schweizer Garagisten» am Dienstag in Bern präsentiert wurde. Gemäss der Studie kommt bei den Kaufkriterien für einen Neuwagen die Energieeffizienz bzw. die Umweltfreundlichkeit mit 18 Prozent erst an zehnter Stelle. Sie liegt damit weit hinter Kriterien wie dem Preis (51%), dem Autotypen (47%) oder etwa der Zuverlässigkeit (39%).

## Elektro als «Antrieb der Zukunft»

Die Mehrheit der Befragten bezeichneten die Brennstoffzelle sowie Elektro- oder Hybridantriebe zwar als «Antrieb der Zukunft». Gleichzeitig gingen sie jedoch grossmehrheitlich davon aus, beim nächsten Autokauf einen Benzin- oder maximal ein Hybridfahrzeug zu kaufen. Selbiges gilt für den Occasionskauf, bei dem die Umweltfreundlichkeit ebenfalls kaum ins Gewicht fällt. Die Bereitschaft, auf das Auto zu verzichten, ist laut der Umfrage ausserdem – auch bei der jüngeren Generation – trotz Klimawandel nur beschränkt vorhanden. Allenfalls könnte sich die Haltung der Schweizer aber in Zukunft ändern. So gehörten Treibstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoss immerhin bei der Frage nach den zukünftigen Prioritäten bei der Fahrzeugwahl zu den meistgenannten Kriterien. Ein möglicher Schluss sei, dass die Leute aktuell noch verunsichert seien. Sie wollten abwarten, welcher Antrieb sich tatsächlich durchsetzt, heisst es in der Studie. **sda**